

# **Armut in der Marktgesellschaft – Versuch einer systemischen Verortung**

## **Autor:**

Georg Hubmann

[georg.hubmann@reflex.at](mailto:georg.hubmann@reflex.at)

## **• Armut in der Marktgesellschaft**

Armut als gesellschaftliches Phänomen besteht immer schon. Allgemein definiert meint Armut dass Teile der Gesellschaft nicht ausreichend versorgt sind und weniger als andere zur Verfügung haben.<sup>1</sup> Mit dem Entstehen der Marktgesellschaft wird der Markt zum zentralen Organisationsprinzip und Armut wird die „soziale Frage“ sowie allgemein die Situation der Benachteiligten in der Gesellschaft wird zu einem bestimmenden Thema in wissenschaftlichen und politischen Diskussion.

Der Herausforderung Armut in der Marktgesellschaft soll in diesem Beitrag zuerst historisch, dann systemisch-theoretisch und abschließend praktisch begegnet werden. Die Erkenntnisse des Beitrags sollen dabei behilflich sein, sozialpolitische Maßnahmen zur Armutsbekämpfung hinsichtlich ihres Potentials zur Bekämpfung von Armut grundsätzlich einordnen zu können.

## **1. Historisch: Geschichte der Marktgesellschaft**

Die Marktgesellschaft entsteht aus der starren Wirtschafts- und Sozialstruktur des Feudalismus. Seit dem Aufschwung der Städte und des Handels im Spätmittelalter, jedenfalls aber seit der Zeit des Merkantilismus lassen sich die westeuropäischen Gesellschaften vor allem in England, Frankreich, den Niederlanden und auch Deutschland als kommerzielle verstehen. Die neue Abhängigkeit der Gesellschaft vom Handel war jedoch in starke gesellschaftliche Normen eingebettet, die private unternehmerische Initiativen und technische Innovationen behinderten. Die merkantilistische Gesellschaftsordnung war also weit von der Vorstellung einer Marktgesellschaft entfernt.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Sanders, Karin (2008), S.12.

<sup>2</sup> Vgl. Polanyi, Karl (1978), S.105.

Im Folgenden sollen weniger die Ursachen für den Wandel zur Marktgesellschaft im Mittelpunkt stehen, sondern vielmehr die wesentlichen Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur und ihre Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Menschen.

### **Der Wandel zur Marktgesellschaft**

Oftmals wird technologischen Neuerungen und Erfindungen aus dem Bereich der Naturwissenschaften eine große Rolle bei der Industrialisierung und den damit verbundenen Änderungen in der Gesellschaftsstruktur zugeschrieben. Jedoch sind diese Faktoren zwar wesentlicher Bestandteil der industriellen Revolution, doch der entscheidende Wandel fand in der organisatorischen Ebene der Gesellschaft statt, die Vermarktlichung von Boden, Arbeit und Geld.<sup>3</sup> Denn Boden, Arbeit und Geld stellen wesentliche Faktoren für eine Gesellschaft dar, denn sie sichern das Wohlergehen und Weiterbestehen der Bevölkerung, indem die Menschen mit Hilfe ihrer Arbeitskraft Geld verdienen, um sich selbst und zukünftige Generationen ernähren zu können. Der Boden gewährleistet zusammen mit dem Handel die ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln und schafft so die Möglichkeit zur Arbeitsteilung in der Gesellschaft. Diese ist wiederum die Grundlage für die Entstehung des Unternehmertums, das ohne diese Faktoren nicht bestehen könnte. Der entscheidende Schritt hin zur Marktgesellschaft war, dass Boden, Arbeit und Geld als für die Gesellschaft grundlegende Faktoren den Marktgesetzen unterworfen wurden.<sup>4</sup> Die Ökonomie wurde aus den gesellschaftlichen Strukturen „entbettet“ und zum zentralen gesellschaftlichen Organisationsprinzip.

Der grundlegende Wandel entstand durch die längerfristigen wirtschaftlichen Risiken, die die Weiterentwicklung des Verlagswesens zu industriellen Betrieben mit sich brachte. Um die Produktion in einer kommerziellen Gesellschaft auch längerfristig zu sichern, musste die Verfügbarkeit der Produktionsfaktoren am Markt gewährleistet werden. Zu diesen zählt Polanyi auch Boden, Arbeit und Geld, die keine Waren im eigentlichen Sinne darstellten, aber als „*unvermeidliche Folge der Einführung des Fabriksystems in eine kommerzielle Gesellschaft*“<sup>5</sup> dem Marktmechanismus

<sup>3</sup> Vgl. Polanyi, Karl (1978), S.

<sup>4</sup> Vgl. Altvater, Elmar (1997), S.70f.

<sup>5</sup> A.a.O., S.111.

unterworfen werden mussten. Vor allem die Organisation des Produktionsfaktors Arbeit entsprechend den Marktprinzipien ist symptomatisch für den Schritt hin zur Marktgesellschaft. Ist doch von dieser Entwicklung die Lebenswelt der Arbeiter direkt betroffen, und das bedeutete eine wesentliche Umgestaltung der bis dahin bestehenden gesellschaftlichen Ordnung. Polanyi sieht *„im Zuge dieser Entwicklung (...) die menschliche Gesellschaft zu einem Beiwerk des Wirtschaftssystems herabgesunken.“*<sup>6</sup>

Die Bedingungen für die Durchsetzung der Marktgesellschaft mit industriellen Produktionsformen waren im England des späten 18. Jahrhunderts besonders günstig, so dass dort die Entwicklung am schnellsten voranschritt. Der Rest von Europa folgte nach und nach, wobei es große regionale Unterschiede gab.

### **Das Ergebnis der großen Transformation – Die Marktgesellschaft**

Mit den beschriebenen Entwicklungen erfolgte die Durchsetzung der Marktgesellschaft, zuerst in England und dann im restlichen westlichen Europa. Als innere Antriebskraft für den Marktmechanismus sieht Polanyi „Hunger“ und „Gewinnstreben“ und nicht „ökonomische Motivationen“. Die Arbeiterschaft war getrieben vom „Hunger“ und daher bereit, ihre Arbeitskraft zu widrigen Bedingungen zu verkaufen. Andererseits folgten die Arbeitgeber dem Gewinnstreben und versuchten mehr zu produzieren und so größeren Reichtum zu erlangen. Die Gesellschaft wurde auf diese Weise vom ökonomischen System abhängig, und der Marktmechanismus bestimmend für das Leben der Menschen.<sup>7</sup> Diese „Entbettung“ der Ökonomie aus den gesellschaftlichen Strukturen führte zum oft betonten „Primat der Ökonomie“ in der Gesellschaft, der Vorherrschaft und dem damit verbundenen Eindringen von wirtschaftlichen Denkmustern in nahezu alle Lebensbereiche der Menschen.<sup>8</sup>

### **Interessensgegensatz in der Marktgesellschaft**

Am Beginn des 19. Jahrhunderts sorgte die Transformation für eine große Dynamik in den bisher statischen Feudalgesellschaften. Karl Polanyi beschreibt diese Entwicklung als eine *Doppelbewegung*, in der zuerst die Marktkräfte auch auf fiktive

---

<sup>6</sup> Polanyi, Karl (1978), S.111.

<sup>7</sup> Vgl. Polanyi, Karl (1979), S.132f.

<sup>8</sup> Vgl. Ulrich, Peter (2008), S.137f.

Waren ausgeweitet wurden, und sich die Märkte über den ganzen Globus ausbreiteten, und als Gegenbewegung<sup>9</sup> dazu neu gegründete Institutionen versuchten, die Gesellschaft vor einem selbst regulierendem Marktsystem vor allem für Arbeit, Boden und Kapital zu schützen und dessen Wirkungsbereich einzuschränken.<sup>10</sup>

So wirkten für Polanyi zwei Organisationsprinzipien mit gegensätzlichen Zielen innerhalb der Gesellschaft. Zum einen das Prinzip des Wirtschaftsliberalismus, das auf die Schaffung eines selbst regulierenden Marktes abzielte und mit Hilfe der Politik des Laissez-faire durchgesetzt werden sollte. Dem gegenüber stand das Prinzip des Schutzes der Gesellschaft, das für die Erhaltung des Menschen und der Natur sowie der Produktivkräfte mit Hilfe von Schutzvereinigungen und Gesetzen kämpfte. Beide Prinzipien wurden von jeweils unterschiedlichen Schichten der Gesellschaft unterstützt. So waren die Gewerbetreibenden der Seite des Wirtschaftsliberalismus zuzurechnen, und die arbeitende Bevölkerung der gewerkschaftlichen Gegenseite. Der Klassenkampf wurzelt in der gegensätzlichen Ausrichtung dieser beiden Organisationsprinzipien. Das Bürgertum als Träger der Marktwirtschaft mit großem Einfluss auf die Industrie stand im Interessenskonflikt mit der Arbeiterschaft, die sich für soziale und demokratische Grundrechte einsetzte und dazu erst Schritt für Schritt die eigenen erkämpfen musste.<sup>11</sup>

So entwickelte sich in der Zeit der industriellen Revolution ein neuer Klassen- und Interessensgegensatz zwischen Kapitalisten und Arbeitern, der eine vorher nicht dagewesene gesellschaftliche Dynamik mit sich brachte. Dieser Interessenskonflikt ist seit dem 18. Jahrhundert für die Marktgesellschaften prägend, das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft verschob sich dabei je nach Einfluss der Interessensgruppen in der beschriebenen Doppelbewegung.

### **Die sozialen Folgen der Marktgesellschaft**

Mit diesen wesentlichen Änderungen in der Organisation der Gesellschaft, der Herausbildung des Fabrikwesens und der Arbeiter als neuer sozialer Klasse entstanden neue soziale Probleme.

---

<sup>9</sup> Zum Begriff der Gegenbewegung, vgl. Fülberth, Georg (2005), S.166ff.

<sup>10</sup> Vgl. Polanyi, Karl (1978), S.112.

<sup>11</sup> Vgl. a.a.O., S.185ff.

Die Probleme der Arbeiterschaft waren vielfältig. So war die Fabrikarbeit zu Beginn der industriellen Revolution gesellschaftlich geächtet, denn „einen bloßen Lohnstatus in den Fabriken zu akzeptieren, bedeutet den Verlust der Unabhängigkeit, Sicherheit, Freiheit.“<sup>12</sup> Anfänglich war es daher noch schwer, Arbeiter für die Fabriken zu finden, jedoch mit dem Beginn des Industriekapitalismus wuchs die Zahl derer, die lohnabhängig arbeiten mussten und erreichte Ende des 18. Jahrhunderts erstmals einen neuen Höhepunkt.

Durch die steigende Zahl an Arbeitern veränderte sich die Struktur in der Gesellschaft wesentlich. Die Großfamilie verlor an sozialer Bedeutung, und die Arbeiter waren rein auf das Einkommen in den Fabriken angewiesen, besaßen doch die meisten von ihnen kein Land mehr. Die neuen Produktionsweisen veränderten die Lebensbedingungen der Menschen grundsätzlich. Der arbeitsteilige Herstellungsprozess funktionierte auch ohne Fachwissen der Arbeiter, so wurden auch Frauen und Kinder beschäftigt. Durch dieses neue Arbeitskräftepotential, die Landflucht und das Bevölkerungswachstum am Ende des 18. Jahrhunderts kam es zur Bildung einer „Reservearmee“ an Arbeitskräften, die bereit war, zu schlechten Bedingungen ihre Arbeitskraft zu verkaufen und in slum-ähnlichen Siedlungen zu wohnen. Das Überangebot an Arbeitskräften führte zu einer Lohnspirale nach unten und zu Ausweitungen der Arbeitszeit, die Löhne fielen dabei sogar unter das Existenzminimum. Die Massenarmut wuchs durch die Ausbeutung der Menschen. Die Folge waren erste Armengesetze, wie das „Speenhamlandgesetz“ aus 1795, das aber die sozialen Probleme noch weiter verschärfte.<sup>13</sup> Polanyi beschreibt die Armen in der Bevölkerung, die „pauper“, als „*physisch entmensch*“, so schlimm stellten sich die Lebensbedingungen am Beginn der industriellen Revolution dar.<sup>14</sup>

Diese Entwicklung zu Ungunsten der Arbeiter verschärfte sich weiter, und als in England 1834 die Armengesetze aufgehoben wurden, und es keinerlei staatliche Unterstützung und gesetzlichen Schutz mehr gab, stellt das für Polanyi den Beginn einer Phase der reinen Marktwirtschaft und des Industriekapitalismus in England dar. Die Märkte für Boden und Geld waren bereits in der vorangegangenen ersten Phase der industriellen Revolution stark ausgeprägt gewesen.<sup>15</sup>

---

<sup>12</sup> Vgl. Hill, Christopher (1967), S.350.

<sup>13</sup> Vgl. Polanyi, Karl (1978), S.113ff.

<sup>14</sup> Vgl. a.a.O., S.146.

<sup>15</sup> Vgl. a.a.O., S.120f.

Die sozialen Auswirkungen des Wandel wurden somit deutlich sichtbar: Die Marktgesellschaft brachte Armut für einen großen Teil der Bevölkerung. Staatliche Eingriffe waren von Beginn an notwendig, um den in der Marktgesellschaft grundsätzlich benachteiligten Arbeitern, ein Auskommen zu sichern und den sozialen Frieden zu wahren. Die Marktgesellschaft präsentierte sich von Beginn an als System das Ungleichheit schafft und verstärkt. Diesen Befund teilt auch der neoliberale Vordenker Friedrich August von Hayek, der festhält: *„daß in einer freien Marktwirtschaft die Chancen ungleich sind, da ein solches System notwendigerweise auf dem Privateigentum und (...) auf dem Erbrecht beruht und auf der dadurch hervorgerufenen Ungleichheit der Startbedingungen.“*<sup>16</sup>

## **2. Systematisch: Armut in der Marktgesellschaft**

Die historische Darstellung des Wandels hin zur Marktgesellschaft und seiner sozialen Folgen zeigt, dass mit der Entstehung von Märkten für Boden, Arbeit und Geld nicht nur wesentliche Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur einhergingen. Diese veränderten auch die Dimensionen des Phänomen „Armut“.

In vorkapitalistischen Gesellschaften war Armut nur als relative Armut und Gegenteil zum Reichtum präsent. Als arm galten nicht diejenigen die in Elend lebten, sondern die die keinen Besitz hatten. Darüber hinaus propagierte der Katholizismus Armut als Gebot für ein gutes Leben auf Erden. Die Reichen des Mittelalters verzichteten deshalb nicht auf ihre Besitzungen, sondern bewiesen ihre Barmherzigkeit durch Zuwendungen an die Armen. Diese Einstellung half den Armen ihr Auskommen zu finden.<sup>17</sup>

Mit der Marktgesellschaft wurde die Arbeitskraft zur Ware und veränderte das Bezugssystem von Armut-Reichtum hin zu Armut-Arbeit. Die Menschen wurden selbstverantwortlich für ihre soziale Situation – Arbeit wurde zum Ausweg aus dem Schicksal Armut.

Sie war dies aber nicht für alle und damit entstanden zwei Gruppen von Armen die unverschuldet Bedürftigen oder die „würdigen Armen“ und die selbstverschuldet Gescheiterten oder die „unwürdigen Armen“.<sup>18</sup> Die Einstellung zur Erwerbsarbeit änderte sich grundsätzlich: Die Idee der Barmherzigkeit und Solidarität mit den

<sup>16</sup> Hayek, Friedrich A. (1945), S.136.

<sup>17</sup> Vgl. Vobruba, Georg (2008), S.48f.

<sup>18</sup> Vgl. a.a.O., S.51.

Armen wurde abgelöst von einer Unverständnis den Armen gegenüber – nunmehr galt: „*Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.*“ Zusätzlich wurden in der jungen Marktgesellschaft alle anderen Wege aus der Armut außer der Lohnarbeit von der Politik verstellt. Es wurden die gesellschaftlichen Absicherungen des Mittelalters aufgelöst und ermöglichten so die Entwicklung des Arbeitsmarktes im industriellen Kapitalismus.<sup>19</sup>

Der existentielle Zwang stellte nunmehr die Triebfeder dar, um die Arbeitskraft am Arbeitsmarkt anzubieten. So wurde, wie auch Karl Polanyi festhält, Hunger zur Triebfeder am Arbeitsmarkt und damit die Menschen diesem voll ausgeliefert. Die Arbeit wird so endgültig zur Ware. Mit dieser Entwicklung gehen die oben beschriebenen sozialen Probleme im „Pauperismus“ des 18. und 19. Jahrhunderts einher und sind als Ausdruck der benachteiligten Stellung der Arbeiter am Arbeitsmarkt zu verstehen.<sup>20</sup> Vor dem Hintergrund von Massenarmut und dem Schicksal der Lohnabhängigen entwickelten sich erste Sozialgesetze und als Interessenvertretung der Benachteiligten die Arbeiterbewegung.

### **Die Rolle des Arbeitsmarktes**

Mit dem Wandel zur Marktgesellschaft wurde also Arbeit zum legitimen, gesellschaftlich anerkannten Weg sich selbst aus der Armut befreien zu können. Damit entstand ein **politisch-systematischer Zusammenhang** zwischen den Arbeitern, dem (Arbeits-)markt und dem (Sozial-)staat.

Für die Existenz in der Marktgesellschaft ist als eine Folge von Arbeitsteilung und den entstandenen Märkten Geld vonnöten. Hat mensch keinen Besitz (Kapital), so bleibt nur die Arbeitskraft um das Auskommen zu sichern. Dieser Zusammenhang bringt die Menschen in eine grundsätzliche Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt – „Hunger“ wird zur leitenden Motivation die Arbeitskraft am Markt anzubieten und nicht das angeblich den Menschen innewohnende „natürliche Gewinnstreben“. Die Unfähigkeit des Marktsystems allen Menschen ein Auskommen zu sichern und die widrigen Arbeitsbedingungen, brachte große soziale Probleme mit sich. Die entstandene Arbeiterbewegung setzte sich im Staat für die Situation der Arbeiter ein. Aus der Angst der Herrschenden um den Frieden im Land und der wachsenden Stärke der

---

<sup>19</sup> Vgl. Vobruba, Georg (2008), S.53.

<sup>20</sup> Vgl. Polanyi, Karl (1978), S.113ff.

Arbeiterbewegung entstanden erste Sozialgesetze die den Menschen, die am Markt kein Einkommen erzielen konnten, Unterstützung boten. Die individuelle Barmherzigkeit des Mittelalters und die Absicherung in der Großfamilie (siehe oben) wich einer kollektiven Risikoabsicherung durch den Nationalstaat. Die Politik übernahm auf diese Weise die Rolle des Korrektivs für das Ergebnis am Arbeitsmarkt und damit auch die Verantwortung für die existentielle Absicherung und gesellschaftliche Inklusion der Individuen. Inklusion soll aus dieser Perspektive als umfassende, kulturelle Inklusion verstanden werden, die nicht nur Überleben sondern auch Teilhabe in der Gesellschaft ermöglicht.<sup>21</sup>

Der Arbeitsmarkt ist das wesentliche Element zur Inklusion der Menschen in die Gesellschaft. Betrachtet man die Geschichte der Marktgesellschaft so wird klar, dass der Arbeitsmarkt alleine nie alle Menschen in die Gesellschaft inkludieren konnte. Im Gegenteil je weniger sozialpolitische Maßnahmen es gab, umso größer war in den Gesellschaften die soziale Ungleichheit ausgeprägt. Dieser historische Befund legt nahe, dass der Arbeitsmarkt nicht nur seiner systemischen Aufgabe nicht nachkommen kann, sondern darüberhinaus auch noch bestehende Ungleichheiten verstärkt. Welche Mechanismen am Arbeitsmarkt diese Entwicklung bedingen soll im Folgenden erläutert werden:

## **Zwei Perspektiven zum Arbeitsmarkt**

Der Arbeitsmarkt entstand, wie oben im Detail ausgeführt, durch die „Entbettung“ der Arbeit aus den feudalen Strukturen und ihrer Transformation zur Ware im Kapitalismus. In der Marktgesellschaft besteht ein Zwang die „Ware Arbeit“<sup>22</sup> zu verkaufen: Denn es ist ein Einkommen notwendig um das Leben bestreiten zu können. Am Arbeitsmarkt kein Einkommen erzielen zu können, bedeutet entweder von anderen abhängig zu sein oder in Armut leben zu müssen. Die Menschen sind also auf Einkommen angewiesen, um in die Gesellschaft inkludiert zu werden, dies zu sichern wäre die Aufgabe des Arbeitsmarktes.<sup>23</sup> Der „Pauperismus“ des 19. Jahrhunderts zeigte erstmals die Unfähigkeit des Arbeitsmarktes Armut zu verhindern, daran änderte sich in der Geschichte der Marktgesellschaft bis heute

---

<sup>21</sup> Vgl. Dux, Günter (2004), S.262f.

<sup>22</sup> Vgl. Vobruba, Georg (1983), S.63.

<sup>23</sup> Vgl. Dux, Günter (2006), S.14f.



nichts.<sup>24</sup> Dieser Zusammenhang ist entscheidend für die Analyse der Mechanismen die hier wirken, zeigt er doch bereits die ungleiche Kräfteverteilung und den Zwang die am Arbeitsmarkt herrschen. Das Kräfteverhältnis von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen verdeutlicht dies: Während das zur Beschäftigung neuer Arbeitskräfte notwendige Kapital, auch wenn es nicht investiert wird, eine Rendite erbringt, so gibt es keine Möglichkeit der Lohnabhängigen die Arbeitskraft am Arbeitsmarkt nicht anzubieten – es entsteht ein Zustand der Dauerkonkurrenz unter den Arbeitern sobald Arbeitslosigkeit herrscht.<sup>25</sup>

Die Arbeitslosigkeit ist ein also ein Grundproblem der Marktgesellschaft. Diesem wurde in der Geschichte auf verschiedene Arten begegnet. Staatliche Maßnahmen zur Armutsbekämpfung (Vgl. Abschnitt 3) waren und sind allerdings stets notwendig, um den sozialen Frieden zu wahren. Gerade in den letzten 20 Jahren ist aber der Sozialstaat mehr und mehr unter politischen Druck geraten. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Vorstellungen der neoklassischen Ökonomie über die Funktionsweisen des Arbeitsmarktes und die Sinnhaftigkeit von staatlicher Intervention. Hier soll der Umgang mit den Problemen am Arbeitsmarkt aus dem Blickwinkel der Ökonomie nachvollzogen werden, um neoliberale Argumente die heute gegen staatliche Sozialpolitik gerichtet werden<sup>26</sup> besser verstehen und einordnen zu können.

Die Neoklassik hat sich als Mainstream in der wirtschaftstheoretischen Debatte etabliert, darüberhinaus fungiert sie als theoretische Grundlage für den neoliberalen Sozialabbau. Der wichtigste Zusammenhang am Arbeitsmarkt in der Neoklassik ist der von Angebot und Nachfrage.

Die Theorie besagt, dass sich die Nachfrage nach Arbeitskräften aus dem Verhältnis von zu bezahlendem Lohn und zu erwartendem zusätzlich möglichem Erlös bildet. Die Nachfrage nach Arbeit hängt also davon ab, ob es sich für die Unternehmungen rechnet zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen. Das Arbeitsangebot wird hingegen als eine freie Entscheidung der Individuen zwischen Arbeits- und Freizeit dargestellt. Das bedeutet je höher der Lohnsatz, umso weniger attraktiv wird es nicht zu arbeiten.<sup>27</sup>

---

<sup>24</sup> Vgl. Dux, Günter (2008), S.82f.

<sup>25</sup> Vgl. Vobruba, Georg (1983), S.65f.

<sup>26</sup> Vgl. Butterwegge, Christoph (2007), S.136ff.

<sup>27</sup> Vgl. Voegele, Alexander (2007), S.43f.

Die Gesamtnachfrage nach Arbeitskräften sowie das insgesamt Angebot an Arbeit bilden sich jeweils aus den kumulierten Einzelentscheidungen am Markt. Die neoklassische Wirtschaftstheorie geht davon aus, dass wie auf allen anderen Märkten auch, sich ein markträumender Gleichgewichtspreis zwischen Angebot und Nachfrage einstellen wird. Es wird also unterstellt, dass bei einer gewissen Lohnhöhe automatisch Vollbeschäftigung herrschen wird. Dieser Schluss bedeutet, dass unfreiwillige Arbeitslosigkeit theoretisch nicht vorkommen kann. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass Reibungsverluste in den Anpassungsprozessen an das Marktgleichgewicht zu vorübergehender Arbeitslosigkeit führen können.<sup>28</sup> Die Gründe für die dennoch dennoch immer wieder auftretende Arbeitslosigkeit in der Marktgesellschaft und gibt für für die AnhängerInnen der neoklassischen Wirtschaftstheorie und viele neoliberale PolitikerInnen vor allem an externen, gesellschaftlichen Einflüssen die die freie Koordination am Markt stören. Darunter werden alle staatlichen Interventionen, die kollektive Interessensvertretung durch die Gewerkschaften oder individuelle Starrköpfigkeit der Individuen verstanden.<sup>29</sup> Diese Störfaktoren wurden als „natürliche Arbeitslosigkeit“ in die Theorie integriert und bezeichnen das Ausmaß an Arbeitslosigkeit, das aufgrund dieser „äußeren Umstände“ zustandekommt. Was bei den neoklassischen Überlegungen zum Arbeitsmarkt immer wieder gern vergessen wird, ist die unterschiedliche Ausgangsverteilung der Individuen am Markt.<sup>30</sup>

Der Markt könnte also, entsprechend dem Glauben vieler ÖkonomInnen und PolitikerInnen, das Problem der Beschäftigung und der Einkommen also der Inklusion in die Marktgesellschaft selbst lösen, solange ihm nicht oben genannten Steine von der Politik in den Weg gelegt werden. In dieser Vorstellung vom Arbeitsmarkt ist jedes Individuum selbst verantwortlich, ob es denn die Arbeitskraft verkauft, verkaufen kann oder nicht und damit auch für das individuelle wirtschaftliche Wohlergehen. Aus diesen Überlegungen leiten sich auch die neoliberalen Forderungen<sup>31</sup> nach einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ab, die gleichzeitig den Sozialstaat als ineffizient und beschäftigungshemmend bezeichnen.

---

<sup>28</sup> Vgl. Voegele, Alexander (2007), S.44f.

<sup>29</sup> Vgl. Keynes, John Maynard (1994/1936), S.5f.

<sup>30</sup> Vgl. Vobruba, Georg (2008), S.114.

<sup>31</sup> Vgl. Weth, Hans-Ulrich (2008), S.30ff.

Die soziologische Position die den Sozialstaat als notwendiges Korrektiv zur Ökonomie einfordert und die wirtschaftsliberale Vorstellung vom Arbeitsmarkt der sich selbst regelt, sind die grundsätzlichen Positionen, die in der Debatte um den Umgang mit Armut in der Marktgesellschaft vertreten werden. Beide Ansichten sind natürlich auch wesentlich in der Debatte rund um konkrete Maßnahmen zur Arbeitsbekämpfung. Aus der entwickelten systematischen Perspektive geht es für die Menschen vor allem darum, ob und zu welchen Bedingungen sie in die Marktgesellschaft integriert werden.

Das Problem der Armut in Marktgesellschaften ist also eng mit dem Arbeitsmarkt verknüpft. Von den zwei aufgezeigten Wegen mit der am Arbeitsmarkt entstehenden Armut umzugehen, wurde vor allem in der Nachkriegszeit der Ausbau der Sozialstaaten verfolgt und so ein Korrektiv für den Arbeitsmarkt geschaffen. Die Politik des Neoliberalismus hingegen kämpft gegen den Sozialstaat und fordert gemäß dem aufgezeigten ökonomischen Weg möglichst keine Beeinflussung der Marktergebnisse und des Wettbewerbs, damit diese sich selbst regulieren können und so für Wohlstand gesorgt wird. In beiden Fällen besteht die Kopplung von Arbeit und Einkommen, und damit der Zwang für die Individuen Einkommen erzielen zu müssen, weiter. Die „lohnarbeitszentrierte Sozialpolitik“<sup>32</sup> in unterschiedlichsten Ausprägungen ist die historisch gewachsene Form sozialer Sicherung in Europa.

### **3. Praktisch: Der Umgang mit Arbeit und Armut**

Die wachsende soziale Ungleichheit<sup>33</sup> mit der Pauperisierung bzw. Prekarisierung<sup>34</sup> großer Teile der Bevölkerung verursacht durch den neoliberalen Sozialabbau, stellt eine Herausforderung für die Sozialpolitik dar. Ein populärer Zugang ist dabei der eines Grundeinkommens. Diese Idee existiert als soziale Utopie bereits seit dem 16 und 17. Jahrhundert - in den letzten 20 Jahren allerdings gewinnt die Diskussion an Breite.<sup>35</sup> Die oben gewonnenen Erkenntnisse über den systematischen Zusammenhang zwischen Arbeit und Armut in der Marktgesellschaft legen den Schluss nahe, dass ein Grundeinkommen grundsätzlich auf die „Entkopplung von

---

<sup>32</sup> Vobruba, Georg (2008), S.82.

<sup>33</sup> Vgl. Sanders, Karin (2008), S.14ff.

<sup>34</sup> Vgl. Butterwegge, Christoph (2007), S.209f.

<sup>35</sup> Vgl. Vobruba, Georg (2008), S.74.

Arbeit und Einkommen“ abzielt. Diese pauschalierte Wertung ist vor allem vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Herangehensweisen und politischen Hintergründe bei der stets wachsenden Anzahl an Vorschlägen nicht aufrecht zu erhalten. Es gilt differenzierter zu Werke zu gehen. Im Folgenden sollen Bewertungskriterien vorgeschlagen werden, die helfen verschiedene Grundeinkommensmodelle einzuordnen ohne bereits den fertigen Gesetzesentwurf in der Hand halten zu müssen. Aus den oben erläuterten systematischen Zusammenhängen zwischen Arbeit und Armut in der Marktgesellschaft lassen sich dafür folgende zwei Kriterien festmachen:

- Der Grad der Entkopplung von Arbeit und Einkommen
- Das Ausmaß der Kommodifizierung der Arbeit

Der Grad der Entkopplung von Arbeit und Einkommen bezeichnet das Ausmaß der Notwendigkeit für Menschen neben dem Grundeinkommen einer Beschäftigung nachzugehen, um ihr Leben erhalten zu können. Es stellt dar, wie sehr die Individuen den ungleichen Bedingungen am Arbeitsmarkt und damit dem ökonomischen Druck ausgesetzt sind. Wesentlich sind dabei vor allem die Höhe des Grundeinkommens und die Voraussetzungen für den Bezug.

Der zweite wesentliche Faktor zur Einordnung von Vorschlägen für ein Grundeinkommen ist das Ausmaß der Kommodifizierung der Arbeit. Dieses ist dann besonders groß, wenn am Arbeitsmarkt immer mehr rechtliche Beschränkungen fallen. Das wird beeinflusst durch Faktoren aus dem Arbeitsrecht wie das Vorhandensein von Mindestlöhnen oder das Ausmaß des Kündigungsschutzes.

Diese Kriterien sind notwendig da Grundeinkommensideen von unterschiedlichen Gruppierungen propagiert werden. Es stehen unterschiedliche politische Weltanschauungen und Gerechtigkeitskonzepte sowie individuelle Interessen hinter den Vorschlägen. In der Marktgesellschaft gibt es dabei vereinfacht gesprochen zwei Richtungen: Entweder entlang der Bedürfnisse des Marktes oder die Berücksichtigung der Interessen der Menschen an einem sinnerfüllten Leben in der Gesellschaft. Die meisten Grundeinkommensmodelle zielen in diesem Spannungsfeld auf einen Kompromiss zwischen den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und denen der Menschen ab.

Dieses allgemeine Schema hilft auch mit dem unterschiedlichen Grad der Ausarbeitung der vielen Vorschläge zum Grundeinkommen, die nicht im Detail formuliert vorliegen, umzugehen. Genauso scheint dies auch in der sozialpolitischen Diskussion hilfreich, da sich auch vage formulierte Ideen oder Utopien leichter hinsichtlich ihrer systemischen Wirkungen bewerten lassen. Genau das soll mit Hilfe dieser beiden Kriterien erleichtert werden.

### **Beispiele zur Anwendung**

Im Folgenden sollen die entwickelten Kriterien zur Einordnung von Grundeinkommensideen auf zwei unterschiedliche Vorschläge angewandt werden. Ausgewählt wurde ein Vorschlag aus Deutschland und einer aus Österreich, das erleichtert den Vergleich, da die Ausgangsbedingungen im Sinne der bestehenden wohlfahrtsstaatlichen Struktur in diesen zwei Ländern ähnlich sind. Es sind das „Solidarische Bürgergeld“ als eine Initiative des Ministerpräsidenten von Thüringen und CDU Politikers Dieter Althaus und die Idee eines Bedingungslosen Grundeinkommens erarbeitet von der österreichischen Armutskonferenz.

### **Bürgergeld Althaus<sup>36</sup>**

Kurzbeschreibung: Die Idee des solidarischen Bürgergeldes sieht für alle Menschen ein Bürgergeld in der Höhe von 800 Euro vor, 200 davon sind als Krankenversicherungsbeitrag für einen garantierten Leistungskatalog zweckgebunden. Für Kinder und Jugendliche werden 500 Euro (200 davon zur Sozialversicherung) ausbezahlt. Die Besteuerung beträgt bis zu einem Einkommen von 1.600 Euro 50%, darüber hinaus gilt eine Flat Tax von 25%.<sup>37</sup>

Einordnung: Mit einem verfügbaren Einkommen von 600 Euro kann wohl keine Existenz erhalten werden und ein Zuverdienst wird notwendig. Am Arbeitsmarkt sollen die Mindestlöhne fallen, damit dieser zu einem „echten Markt“ werde und so mehr Arbeitsplätze entstehen. Diese könnten jedoch mehrheitlich schlecht bezahlte Teilzeitstellen sein. Als Folge steht zu befürchten, dass sich für ärmere Bevölkerungsschichten ein „Jeden Job, um jeden Preis“ entwickeln wird.

---

<sup>36</sup> <http://www.solidarisches-buergergeld.de/>

<sup>37</sup> Vgl. Althaus, Dieter: FAZ 26.04.2008, S.8. Artikel im Anhang.

Eine Entkopplung von Arbeit und Einkommen findet also wegen der geringen Höhe nur teilweise statt zusätzlich sollen am Arbeitsmarkt alle Mindestlöhne fallen. Das solidarische Bürgergeld setzt stark auf ökonomisches Anreizdenken und das zeigt sich auch an dem Zitat von Thomas Straubhaar der wesentlich daran mitgearbeitet hat: *„Wir haben keine andere Wahl, das Grundeinkommen dient dazu, dass der Gutverdienende und Kapitalist in Ruhe seine Arbeit machen kann.“*<sup>38</sup> Hier zeigt sich die Ausrichtung dieses Vorschlags, es gilt den Arbeitsmarkt von Beschränkungen zu befreien und gleichzeitig ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit zu wahren.

### **BGE Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt<sup>39</sup>**

Kurzbeschreibung: Ein Grundeinkommen nach der hier vertretenen Vorstellung soll *bedingungslos* im Sinne eines BürgerInnenrechts, *universell* also für jede und jeden, *personenbezogen* daher unabhängig von anderen Einkünften in Familie oder Wohnung und *existenzsichernd* in Form von materielle, sozialer und kultureller Teilhabe sein. Bestehende soziale Sicherungssysteme und öffentliche Infrastruktur sollen bestehen bleiben und nicht durch das Grundeinkommen substituiert werden.

Einordnung: Das vorliegende Positionspapier<sup>40</sup> propagiert „In Freiheit tätig sein“ und zeigt damit die Richtung auf in die dieser Vorschlag geht. Dem Arbeitsmarkt wird die Fähigkeit alle Menschen zu integrieren abgesprochen und die Schuld an Beschäftigungslosigkeit und Armut soll nicht mehr den Individuen aufgebürdet werden. Dieser Vorschlag ist bedeutend weniger genau ausgearbeitet, die Forderungen zielen jedoch grundsätzlich auf eine Entkopplung von Arbeit und Einkommen ab, ebenso sollen die Rechte der Individuen am Arbeitsmarkt gewahrt bleiben.

Diese beiden Beispiele zeigen die unterschiedlichen Stoßrichtungen von Grundeinkommensmodellen, die trotz ähnlichem Problemaufriss stark voneinander abweichen. Gerade deshalb ist es hilfreich, dass mit den entwickelten Kriterien Vorschläge in der Grundeinkommensdebatte, auch wenn diese nur als Positionspapiere vorliegen, eingeschätzt werden können.

<sup>38</sup> Interview Brand eins 7/2005.

<sup>39</sup> <http://www.grundeinkommen.at/>

<sup>40</sup> [http://ksoe.at/grundeinkommen/images/GE-Positionspapier\\_030506.pdf](http://ksoe.at/grundeinkommen/images/GE-Positionspapier_030506.pdf)

## Literatur

- Altwater, Elmar (1997): Die Zukunft des Marktes, 3. Auflage, Münster.
- Butterwegge, Christoph (2007): Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)politik, in: Butterwegge, Christoph et al. (Hrsg.): Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden. S.135-220.
- Dux, Günter (2004): Die Moral in der prozessualen Logik der Moderne, 2. Auflage, Weilerswist.
- Dux, Günter (2006): Moral und Gerechtigkeit als Problem der Marktgesellschaft, Wiener Vorlesungen Bd.120, Wien.
- Dux, Günter (2008): Warum denn Gerechtigkeit? Die Logik des Kapitals, Weilerswist.
- Fülberth, Georg (2005): G Strich. Kleine Geschichte des Kapitalismus, Köln.
- Hayek, Friedrich, A. (1945): Der Weg zur Knechtschaft, Erlenbach-Zürich.
- Hill, Christopher (1967): Pottage for Freeborn Englishmen: Attitudes to Wage Labour in the Sixteenth and Seventeenth Centuries, in: Feinstein, Charles H. (Hrsg.): Socialism, Capitalism and Economic Growth, Cambridge. S.338-350.
- Keynes, John (1994/1936): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 7. Auflage, Berlin.
- Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation, STW 260, Frankfurt.
- Polanyi, Karl (1979): Ökonomie und Gesellschaft, STW 295, Frankfurt.
- Sanders, Karin (2008): Armut und soziale Gerechtigkeit – Gedanken zum Umbau des Sozialstaates, in: Sanders, Karin/Weth, Hans-Ulrich (Hrsg.): Armut und Teilhabe, Wiesbaden. S.11-25.
- Ulrich, Peter (2008): Integrative Wirtschaftsethik, 4. Auflage, Bern Stuttgart Wien.
- Vobruba, Georg (1983): Politik mit dem Wohlfahrtsstaat, Suhrkamp 1181, Frankfurt.
- Vobruba, Georg (2008): Die Entkopplung von Arbeit und Einkommen, 2.Auflage, Wiesbaden.
- Voegele, Alexander (2007): Das Elend der Ökonomie, Zürich.
- Weth, Hans-Ulrich (2008): Neoliberaler Fundamentalismus und die Erosion des Sozialen, in: Sanders, Karin/Weth, Hans-Ulrich (Hrsg.): Armut und Teilhabe, Wiesbaden. S.27-40.

Die dauerhafte Entschuldung des Staates und die zeitgemäße soziale Sicherung seiner Bürger sind große Aufgaben der Politik. Zwei Ministerpräsidenten der CDU schlagen radikale Lösungen vor: Roland Koch (Hessen) verlangt einen Entschuldungsfonds für Bund und Länder, Dieter Althaus (Thüringen) plädiert für ein Grundeinkommen für alle.

## Die Jahrhundertreform: Das Solidarische Bürgergeld

Von Dieter Althaus

**T**rotz Wirtschaftsaufschwung, trotz steigender Beschäftigungszahlen und trotz eines Rückgangs der Arbeitslosigkeit beklagen die Deutschen mehrheitlich soziale Ungerechtigkeit. Die Gründe sind bekannt: Die Rentenversicherungsbeiträge steigen, das Rentenniveau sinkt. Für immer mehr Bürger entspricht die gesetzliche Rentenversicherung nicht mehr dem Prinzip „Alterslohn für Lebensleistung“, sondern ist nur noch eine Grundsicherung im Alter. Beitragszahler stehen nicht besser da als diejenigen, die keine Beiträge gezahlt haben.

2,5 Millionen Kinder, mehr denn je in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, gelten als arm. Trotz der erfreulichen Verbesserungen der Bildungsqualität entscheidet die soziale Herkunft immer noch über den späteren Bildungsweg. Höhere Lebenshaltungskosten, von den Ausgaben für Energie bis zum Milchpreis, schmälern das verfügbare Nettoeinkommen der Familien. Die Inlandsnachfrage lässt immer noch zu wünschen übrig.

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts lehrt, wohin unrealistische Versprechungen führen können. Diejenigen, die das Paradies auf Erden versprochen haben, nahmen es mit der Würde des einzelnen Menschen nicht sehr ernst. Für die angeblich „große Sache“ mussten „Opfer“ gebracht werden. Einzelne Gruppen oder auch ganze Völker wurden ins Verderben geführt. Ich habe selbst in einem Land gelebt, das vorgab, gleichsam paradiesische Zustände schaffen zu können. Man versprach Gleichheit. Das Ergebnis waren Unterdrückung, Gleichschaltung, Ineffektivität. Man hat Menschen gebrochen, Entwicklung verhindert und die Willkür aus ideologischen Gründen zum

Prinzip erhoben.

Der Ausschluss totalitärer Konzepte führt aber noch nicht zu einer Antwort auf die Fragen, die die Globalisierung, der demographische Wandel und die großen Unterschiede in der Entwicklung der Bevölkerung in den verschiedenen Weltregionen mit sich bringen. Wenn demokratische Politiker nicht den Mut aufbringen, neue Wege einzuschlagen, etwa weil sie Angst davor haben, von den Wählern bestraft zu werden, dann stärken sie den politischen Extremismus.

Im Prinzip sind viele Bürger für Reformen. Aber wenn es konkret wird, wächst der Widerstand. Selbst kleine Änderungen, die einen selbst betreffen, sollten

### Der Mindestlohn vernichtet Beschäftigung, das Solidarische Bürgergeld schafft Arbeitsplätze.

dann doch lieber nicht kommen. Ich bin mir sicher: Entweder wird das 21. Jahrhundert zu einem Jahrhundert der Reformen, die kein Ende finden – oder wir wagen eine Jahrhundertreform. Viele sehen unser Land, in dem das Bismarcksche Sozialversicherungssystem entwickelt wurde, in besonderer Verantwortung.

Kinderarmut, Altersarmut, Erwerbseinkommen, die nicht mehr existenzsichernd sind, und die Entwicklung hin zu einer Zwei-Klassen-Medizin stärken das Misstrauen in den langfristigen Bestand der sozialen Sicherungssysteme. Was noch schlimmer ist: Auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik in einer freiheitlichen Demokratie schwindet. Wir Politiker verweisen entschuldigend auf die demographische Entwick-

lung und auf die Globalisierung, auf die nur etwa 28 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die das Sozialversicherungssystem hauptsächlich finanzieren, und erwecken gerne die Hoffnung, es werde schon alles gut. Alles könne im Prinzip so bleiben, wie es ist. Wenn überhaupt Veränderungen notwendig würden, reichten kleinere Korrekturen aus. Stimmt das wirklich?

Was meint die CDU, wenn sie davon spricht, dass sie „die Soziale Marktwirtschaft erneuern“ muss? So zutreffend die Analysen auch sein mögen, so unbefriedigend sind die Antworten. Es ist falsch, nach dem Motto „Die Rente ist sicher“ eine nicht vorhandene Sicherheit für die Zukunft vorzugaukeln. Es reicht auch nicht aus, nur die Aufgaben zu beschreiben, vor denen wir stehen, ohne eine Lösungsperspektive anzubieten.

Mit meinem Vorschlag eines Solidarischen Bürgergeldes habe ich vor längerer Zeit ein Konzept formuliert, das Lösungen für viele Probleme bereithält. Das Solidarische Bürgergeld ist ein bedingungsloses Grundeinkommen von 800 Euro im Monat für alle Erwachsenen. Es sinkt mit wachsenden eigenen Einkünften. Bis zu einem Bruttoeinkommen von 1600 Euro im Monat fällt keine Einkommensteuer an. Wenn das Bruttoeinkommen mehr als 1600 Euro im Monat beträgt, sind auf die eigenen Einkünfte 25 Prozent Steuern (Flat-Tax) zu zahlen. Die Steuerschuld verringert sich um das

Bürgergeld in Höhe von 200 Euro im Monat. Dies entspricht einem Grundfreibetrag von 9600 Euro. Im Solidarischen Bürgergeld sind 200 Euro Gesundheits- und Pflegeprämie enthalten. Diese müssen eingesetzt werden. Vom 67. Lebensjahr an bekommt jeder bis zu 1400 Euro Bürgergeldrente im Monat. Das heißt: Zum Solidarischen Bürgergeld von 800 Euro kommt eine Zusatzrente von höchstens 600 Euro hinzu. Diese berücksich-



Frankfurter Allgemeine Zeitung  
vom 26.04.2008

tigt Verdienst und Lebensarbeitszeit. Ansprüche, die derzeit in der umlagefinanzierten Rentenversicherung erworben wurden, haben Bestandsschutz. 500 Euro Kinderbürgergeld im Monat bekommen alle Eltern bis zum 18. Lebensjahr ihres Kindes.

Die Vorteile der Bürgergeld-Systematik liegen auf der Hand: Arbeit wird brutto billiger, weil die Lohnzusatzkosten für die Arbeitnehmer ganz und für die Arbeitgeber zur Hälfte wegfallen. Der Sachverständigenrat hat in seinem Jahresgutachten 2007/2008 geschrieben, dass das Solidarische Bürgergeld zu 1,19 Millionen zusätzlichen Vollzeitarbeitsplätzen und damit „zu massiven positiven Arbeitsplatzangebotseffekten“ führen würde. Damit stützen die Sachverständigen eine Studie von Professor Thomas Straubhaar vom Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut (HWWI), der allein im Niedriglohnbereich mit 1,17 Millionen zusätzlichen Vollzeitstellen rechnet.

Marktgerechte Löhne wären in jedem Fall existenzsichernd. Das Solidarische Bürgergeld als Mindesteinkommen macht einen Mindestlohn überflüssig. Der Mindestlohn vernichtet Beschäftigung, durch das Solidarische Bürgergeld werden Arbeitsplätze geschaffen. Aber auch finanziell haben die Arbeitnehmer von einem Mindesteinkommen mehr als von einem Mindestlohn. Mit einem staatlich festgesetzten Mindestlohn schiebt die Politik die Verantwortung für existenzsichernde Einkommen an die Unternehmen ab. Wer keine Arbeit findet oder seinen Arbeitsplatz verliert, geht leer aus.

Ein Mindestlohn von 4,50 Euro, wie ihn der Vorsitzende des Sachverständigenrates, Rürup, vorschlägt, sichert selbst bei einer Vollzeitbeschäftigung nicht die Existenz. Aber auch ein Mindestlohn von 7,50 Euro, wie ihn die Gewerkschaften und die politische Linke propagieren, käme ausschließlich Alleinstehenden entgegen. Es ist bezeichnend, dass die Interessen und Bedürfnisse von Familien und Kindern von den Befürwortern des Mindestlohns ignoriert werden.

Man schätzt, dass in Deutschland im Jahr etwa 60 Milliarden Stunden Erwerbs- und etwa 100 Milliarden Stunden Familien- sowie ehrenamtliche Arbeit geleistet werden. Wenn mit dem Solidarischen Bürgergeld nicht nur jede Erwerbsarbeit, sondern auch jede andere Arbeit zu einem existenzsichernden Einkommen führt, wird Arbeit auch umfassender definiert und geschätzt. Manche unproduktive Tätigkeit wird gut bezahlt, viel produktive Arbeit erfolgt unentgelt-

lich. Mir ist wichtig, dass auch sie existenzsichernd ist.

Mehrere Studien weisen nach, dass das Solidarische Bürgergeld finanzierbar ist. Straubhaar und Ingrid Hohenleitner vom HWWI kommen sogar auf ein Plus für die öffentlichen Haushalte von bis zu 100 Milliarden Euro oder mehr. Selbst der Sachverständigenrat bescheinigt dem Konzept, dass seiner Verwirklichung keine prinzipiellen Einwände entgegenstünden. Das Solidarische Bürgergeld führt nach Einschätzung des Sachverständigenrats überdies zu einer „dramatischen Reduzierung der Armutsquote“. Damit wird die Annahme bestätigt, dass zunehmende Lohndifferenzierung nicht zu mehr Armut führen muss. Das Konzept des Solidarischen Bürgergelds hat noch weitere Vorzüge. Das Kinderbürgergeld ist etwa doppelt so hoch wie das jetzige Kindergeld. Es liegt auf der Höhe des von der Bundesregierung im Existenzminimum-Bericht für 2008 festgesetzten Existenzminimums von Kindern. Für Eltern, die das Kinderbürgergeld bekommen, sind Kinder kein Armutsrisiko mehr. Die Bürgergeldrente gewährleistet durch das Solidarische Bürgergeld auch eine „Grundrente“. Diese Mindestrente schützt vor Altersarmut. Mit der Zusatzrente wird garantiert, dass der Zusammenhang von Alterslohn und Lebensleistung erhalten bleibt.

Da jeder die Gesundheits- und Pflegeprämie erhält, wären alle Bürger versichert. Damit gäbe es eine gute Grundversorgung für alle. Wer mehr Leistungen in Anspruch nehmen möchte, muss sich zusätzlich versichern. Da sich jeder bei einer Kranken- und Pflegeversicherung seiner Wahl versichern kann, muss ein Ausgleich zwischen den Kassen geschaffen werden, der faire Wettbewerbsbedingungen ermöglicht. So muss ein Teil der Prämie in einen Fonds einbezahlt werden, um daraus Kassen mit ungünstigerem Mitgliederprofil zu unterstützen.

Ein Solidarisches Bürgergeld, ein minimales Existenzgeld, ein bedingungsloses Grundeinkommen, auf das jeder einen Anspruch hat, der nicht zur Disposition gestellt werden kann, verhindert auch, dass soziale Ängste geschürt werden können. Demagogen haben wenig Chancen, wenn jeder weiß, dass man nicht unter das soziokulturelle Existenzminimum fallen kann. Das ist zwar heute auch schon so, aber die Sozialstaatsbürokratie ist so stark gewachsen, dass sie häufig mehr Misstrauen hervorruft als Vertrauen schafft. Ich möchte, dass wir in die Menschen und nicht in die Apparate investieren.

Die Soziale Marktwirtschaft setzt auf die Risikobereitschaft des Einzelnen. Das Solidarische Bürgergeld stärkt die Bereitschaft, Risiko auch als Chance zu begreifen. Weil man nicht unter das Existenzminimum fällt, wird man eher bereit sein, ein Risiko einzugehen, kreativ zu sein. Statt Zwang und Kontrolle werden Vertrauen und Anreiz motiviert. Das Solidarische Bürgergeld ist kein „Sofa“, sondern ein „Sprungbrett“.

Da mit Ausnahme der SPD alle Parteien, die im Deutschen Bundestag vertreten sind, über Bürgergeld beziehungsweise Grundeinkommensmodelle diskutieren, der Sachverständigenrat sich intensiv, kritisch, aber auch differenziert mit diesem Thema auseinandergesetzt hat, etwa zwei Drittel der Deutschen die Idee eines solchen minimalen Existenzgeldes befürworten, bleibt die Idee auf der politischen Tagesordnung. Es geht nicht um die Verwirklichung dieser Idee nach dem Motto eins zu eins. Da sind wir alle genug Hartz-geschädigt. Es geht um den Mut zu einer sozialpolitischen Revolution, den wir aufbringen müssen, wenn uns die Zukunft Deutschlands am Herzen liegt.

Das gegenwärtige Sozialversicherungssystem hat seine Zukunft hinter sich. Je früher neue Wege eingeschlagen werden, desto besser. Wer nicht will, dass wir – bildlich gesprochen – gegen die Wand fahren, der muss einen neuen Anfang wagen. Wir brauchen einen Wettbewerb um die besten Konzepte zur Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme. Nicht nur von Wirtschaft und Wissenschaft muss man Innovation erwarten dürfen – auch von der Politik. Man darf nicht fragen, was nicht geht. Die richtige Frage lautet: „Was geht?“ Die Bürger interessieren sich für Antworten auf die Herausforderungen unseres Jahrhunderts.

Wer von ihnen Eigenverantwortung erwartet, der muss ihnen vertrauen, sonst wäre diese Erwartung leichtsinnig. Bundespräsident Köhler weist zu Recht darauf hin, dass der Staat selbst nicht die Verfügungsgewalt über Arbeitsplätze hat. Deshalb kann der Bezug staatlicher Unterstützung wie des Bürgergelds nicht an die Bedingung „Erwerbsarbeit“ geknüpft werden. Dass aber gerade eine freiheitliche Gesellschaft davon lebt, dass jeder sich nach seinen Fähigkeiten „nützlich“ macht, ist selbstverständlich. Wie man das erreichen kann, ist das Thema einer spannenden Diskussion, die gerade erst beginnt.

# POSITIONSPAPIER GRUNDEINKOMMEN 2006

## NETZWERK GRUNDEINKOMMEN UND SOZIALER ZUSAMMENHALT

### GRUNDEINKOMMEN ALS RICHTUNGSFORDERUNG

#### DIE ERSTEN SCHRITTE ZUR REALISIERUNG

WIR TRETEN FÜR EIN BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN EIN

- ❖ im Sinne eines Rechts auf soziale Sicherheit
- ❖ und in der Überzeugung, damit sowohl die individuelle Wahlfreiheit in der Lebensführung als auch den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu bestärken.

„In Freiheit tätig sein“ ist unsere Vision einer Gesellschaft mit Grundeinkommen. Das heißt: Nicht jeden Job um jeden Preis annehmen zu müssen, weil alle Lohnabhängigen eine deutlich gestärkte Verhandlungsposition haben; selbst entscheiden zu können, in welchem Ausmaß welcher Art von Tätigkeit oder Arbeit nachgegangen wird; frei zwischen Erwerbsarbeit und anderer Arbeit kombinieren zu können - das entspricht unserem Menschen- und Gesellschaftsbild. Wir gehen davon aus, dass der Mensch fähig ist, verantwortlich mit zusätzlichen Freiheitsgraden umzugehen. Auch lässt sich nicht allein durch den Markt entscheiden, welche Art von Arbeit gesellschaftlich wertvoll ist und welche nicht. Über den Markt sind viele Arbeiten nicht organisierbar und finden keine entsprechende gesellschaftliche Realisierungschance bzw. Anerkennung. Es geht nicht bloß um Armutsbekämpfung, sondern um die materielle Absicherung von Teilhabechancen, um gelebte Menschenwürde und selbstbestimmte Lebensentwürfe. „In Freiheit tätig sein“ ist ein Programm, das auf Zukunft gerichtet ist und davon ausgeht, dass die Gesellschaft fähig ist, sich im Lauf der Geschichte immer wieder radikal zu reformieren und zum Besseren weiterzuentwickeln. Durch ein bedingungsloses Grundeinkommen werden diesbezüglich sowohl individuelle als auch gesellschaftliche Freiräume eröffnet.

Dass, in einer reichen Gesellschaft wie der österreichischen, immer mehr Männer und Frauen über kein existenzsicherndes Einkommen verfügen, ob aus Erwerbsarbeit oder in der Erwerbsarbeitslosigkeit, ist ein Skandal. Entgegen der Vorstellung, dass die erwerbslosen Männer und Frauen selber Schuld an dieser Situation seien, gehen wir davon aus, dass der technologische Wandel nicht ausreichend menschenwürdige Arbeitsplätze mit existenzsichernden Einkommen schafft. Dies vermag aber auch keine Politik, die glaubt, mit Wirtschaftswachstum gegensteuern zu können. Neue und gute Arbeitsplätze sollen geschaffen werden. Es geht aber nicht um ein Konzept „Erwerbsarbeit um jeden Preis“. Vielmehr geht es um die Frage, wie der gesellschaftliche Modus sein soll, der allen Menschen ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum sichert, wenn Erwerbsarbeit alleine diese Funktion nicht mehr hat und auch nicht mehr haben soll.

Grundeinkommen wird zusehends auch in Ländern des Südens diskutiert. Die reichen Länder wie Österreich haben eine globale Verantwortung. Ziel muss es daher sein, die Zukunft der sozi-

alen Sicherheit hier zu gewährleisten und einen adäquaten Beitrag für die ärmeren Länder und deren Entwicklung zu leisten sowie entsprechende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen (z.B. durch die Besteuerung von Devisentransaktionen). Die ersten Schritte in Richtung Grundeinkommen können kurzfristig unternommen werden. Weichenstellungen für DIE Innovation der sozialen Systeme Europas im 21. Jahrhundert sind möglich!

#### RICHTUNGSFORDERUNG

Im Sinne dieses Richtungswechsels treten wir für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein und wollen zur politischen Umsetzung dieser RICHTUNGSFORDERUNG beitragen. Von anderen Modellen der Grundsicherung unterscheidet sich unsere Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen durch die Kriterien: **Bedingungslosigkeit, Universalität, Personenbezogenheit, Existenzsicherung.**

#### KRITERIEN

**Bedingungslos** soll die von uns geforderte Grundsicherung deshalb sein, weil wir in einem Grundeinkommen ein BürgerInnenrecht sehen, das nicht von Bedingungen (Arbeitszwang, Verpflichtung zu gemeinnütziger Tätigkeit, geschlechterrollenkonformes Verhalten) abhängig gemacht werden kann.

**Universell** soll das Grundeinkommen sein, weil es nicht diskriminierend sein soll. Es soll also jeder und jedem zugute kommen, der/die auf Dauer in einem bestimmten Land lebt. In der Festsetzung der Höhe des Grundeinkommens unterscheiden wir zwischen Kindern/Jugendlichen und Erwachsenen.

**Personenbezogen.** Als BürgerInnenrecht steht Grundeinkommen einer jeden Person zu und darf nicht abhängig gemacht werden von der Einkommens- oder Vermögenssituation eines Familienmitgliedes oder einer MitbewohnerIn.

**Existenzsichernd.** Grundeinkommen soll eine echte Teilhabe (materiell, sozial, kulturell) am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Daher muss es auch in existenzsichernder Höhe ausgezahlt werden.

## ABGRENZUNG ZU BEDARFSORIENTIERTER GRUNDSICHERUNG

Modelle der bedarfsorientierten Grundsicherung wären zweifellos armutsbekämpfend, tragen aber nicht zu einer grundlegenden Neuverteilung von Erwerbsarbeit, bzw. von Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit und der Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabechancen für alle bei. Der wesentliche Unterschied zu einem bedingungslosen Grundeinkommen besteht bei der bedarfsorientierten Grundsicherung in der Beweislast der Antragstellerin / des Antragstellers zu zeigen, dass er/sie alles unternommen hat, selber eine Erwerbsarbeit oder ein entsprechendes Einkommen zu erwirtschaften und in den Kontrollkosten, die es verursacht, dies zu überprüfen.

Weiters bedeutet bedarfsorientierte Grundsicherung, dass Erwerbsarbeit die höchste gesellschaftliche Anerkennung zugesprochen wird und nur sie als Lebensgrundlage im kapitalistischen System legitimiert ist.

Damit verbunden sind Prüfungen und Eingriffe in die persönliche Freiheit, eine Ökonomisierung von Lebensentwürfen und damit ein einseitiges Verantwortungsverständnis. Dem liegt ein Wirtschaftsverständnis zugrunde, das den Blick nur auf die monetären Größen wirft, aber alle Voraussetzungen für das Wirtschaften, die im nicht-monetären Bereich liegen, ignoriert.

Von einem Positionspapier wie diesem wird erwartet, dass es

Vorschläge für die Höhe des angestrebten Grundeinkommensniveaus enthält. Unserem Verständnis nach braucht die Festsetzung des Grundeinkommensniveaus einen intensiven politischen Prozess. Grundeinkommen darf weder durch die Privatisierung von Infrastruktur (Verkehr, Kinderbetreuung, Bildungssystem, Wohnen, u.a.) noch durch die Aushöhlung der umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme unterlaufen werden.

In dem Wissen um die Angreifbarkeit konkreter Zahlen haben wir uns dennoch für die Nennung einer Bezugsgröße entschieden. Demnach könnte das Niveau des Grundeinkommens schrittweise an jene Summe herangeführt werden, die laut Sozialbericht 2003-2004 als "leichte Armutsgefährdung" gilt und derzeit bei 70% des Medianeinkommens liegt (derzeit etwa Euro 900, 12mal/jährlich). Da die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens einen Paradigmenwechsel darstellt und einige Veränderungen erfordert, halten wir ein schrittweises Vorgehen für sinnvoll.

Unser Netzwerk möchte einen konkreten Beitrag leisten, das bestehende System sozialer Sicherung zu einem Grundeinkommens-System umzubauen. Auf dem Weg dorthin fordern wir, folgende erste Schritte in Österreich konkret zu diskutieren und umzusetzen:

## AUF DEM WEG ZUM GRUNDEINKOMMEN

### 1) Erste konkrete Schritte

- a) Einheitliche Mindesthöhe für alle der Existenzsicherung dienenden Transfer- und Sozialversicherungsleistungen (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe, Mindestrenten, Studienbeihilfe) entsprechend der Höhe des halben Paarsatzes der Ausgleichszulage (derzeit etwa Euro 620, 12mal/jährlich)
- b) Personenbezogener Auszahlungsmodus
- c) Anhebung der Familienleistungen auf ein existenzsicherndes Niveau für Kinder / Jugendliche als Maßnahme gegen Kinderarmut
- d) Hilfe in besonderen Lebenslagen und für außergewöhnliche Belastungen (schwere Erkrankung, Behinderung, Scheidung,....) durch pauschale Transfers
- e) Ersatzlose Streichung der derzeitigen gesetzlichen Möglichkeit, Sperren des Bezuges des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe zu verhängen; Freiwilligkeitsprinzip bei Kursbesuchen des Arbeitsmarktservice
- f) Kostenlose budgetfinanzierte Kranken- und Unfallversicherung für alle, die bisher nicht versichert sind

### 2) Steuersystem aus- und umgestalten

Reformen im Steuersystem sind eine entscheidende Voraussetzung für die Einführung des Grundeinkommens.

- a) Besteuerung menschlicher Arbeitskraft verringern, die Besteuerung von Wertschöpfung und Ressourcenverbrauch erhöhen (Öko-soziale Steuerreform)
- b) Erhöhte Besteuerung von Geld- und Besitzvermögen; Besteuerung von großen Erbschaften
- c) Allgemeine Steuerveranlagung als Grundlage für individuelle, auszahlbare Steuergutschriften (Negativsteuer)
- d) AlleinverdienerInnenabsetzbetrag abschaffen, AlleinerzieherInnenabsetzbetrag beibehalten und erhöhen
- e) Abwägung der Vorteile von Reformen der Mehrwert-, Konsum- und anderer Massensteuern (hohe Ergiebigkeit und leichte Verwaltung) gegen die Nachteile solcher Maßnahmen (Entlastung der besser Verdienenden zu Lasten der Einkommensschwachen)

WIEN, IM MAI 2006

NETZWERK GRUNDEINKOMMEN UND SOZIALER ZUSAMMENHALT  
AUSTRIAN MEMBER OF BASIC INCOME EARTH NETWORK